
P R O T O K O L L
über die Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Cloppen-
burg am Donnerstag, dem 28.05.2026, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal 2
des Kreishauses in Cloppenburg

Anwesend

Vorsitzende/r

1. Kreistagsabgeordnete Christa Preuth-Stuke

Mitglieder

2. Kreistagsabgeordnete Carolin Abeln
3. Kreistagsabgeordneter Rasmus Braun
4. Kreistagsabgeordneter Hannes Coners
Vertretung für Herrn Stephan Christ
Ruth Fangmann
6. Kreistagsabgeordneter Bernhard Hackstedt
Vertretung für Herrn Hermann Schröer
Herbert Holthaus
8. Kreistagsabgeordneter Johannes Kalvelage
Herr Kalvelage verließ die Sitzung um
18.15 Uhr.
9. Kreistagsabgeordneter Klaus Karnbrock
Herr Karnbrock verließ die Sitzung um
18.40 Uhr.
10. Kreistagsabgeordneter Josef Osterkamp
11. Kreistagsabgeordneter Stefan Riesenbeck
12. Kreistagsabgeordneter Henning Stoffers
13. Kreistagsabgeordneter Dr. Sebastian Vaske
14. Kreistagsabgeordnete Judith Vey-Höwener

Zugewählte beratende Mitglieder

15. Landes-Caritasverband Dietmar Fangmann
16. Paritätischer Wohlfahrtsverband Christian Hüser
Vertretung für Frau Dorothee Rensen
Brigitte Siebum
Frau Siebum verließ die Sitzung um 18.40
Uhr.
17. Arbeiterwohlfahrt

Verwaltung

18. Pressesprecher Frank Beumker
19. Leiterin des Gesundheitsamtes Manuela Fastje
20. Gleichstellungsbeauftragte Marén Feldhaus
21. Leiterin des Amtes für Bildung, In-
tegration und Demografie Dr. Stefanie Föbker
22. Kreisverwaltungsoberrätin Carola Krenke
23. Mitarbeiter in der Stabsstelle Wirt-
schaftsförderung Andreas Thieschler
24. Kreisrat Thomas Willen



Protokollführer/in

25. Kreisverwaltungsrätin Sandra Helmes

Es fehlte/n:

26. Verein der Integrationslotsen im
Landkreis Cloppenburg e. V.

Mina Amiry

27. Diakonisches Werk

Martina Fisser

28. Kreistagsabgeordneter

Dirk Koopmann

29. Kreistagsabgeordneter

Sven Sager

30. Deutsches Rotes Kreuz

Johannes Wilhelm

31. Beirat für Menschen mit Behinde-
rung

Renate Wingbermühle-Rißmann

Tagesordnung:

- 1 . Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 . Feststellung der Tagesordnung
- 3 . Einwohnerfragestunde
- 4 . Genehmigung des Protokolls vom 06.11.2025
- 5 . Vorstellung der Schuldnerberatungsstellen im Landkreis Cloppenburg
- 6 . Informationen zum aktuellen Sachstand der Integrierten Sozialplanung
- 7 . Fortführung der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft im Oldenburger Münsterland für die Jahre 2027 - 2029 V-SOZ/26/204
- 8 . Anträge der pro familia Niedersachsen und des DRK Kreisverbandes Cloppenburg e.V. auf Zuschüsse für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2026 - 2028 V-SOZ/26/201
- 9 . Soziale Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern in den Städten und Gemeinden des Landkreises Cloppenburg für die Jahre 2027 - 2029 V-SOZ/26/202
- 10 . Finanzierung der Tagesbildungsstätte des Caritas-Vereins Altenoythe e.V. für das Schuljahr 2026/2027 V-SOZ/26/203
- 11 . Anregungen und Beschwerden
- 12 . Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)
- 13 . Mitteilungen



1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Kreistagsabgeordnete Preuth-Stuke, eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer und stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

2. Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde von den Ausschussmitgliedern – wie veröffentlicht – angenommen.

3. Einwohnerfragestunde

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte fest, dass keine Gäste anwesend seien und daher Fragen bzw. Wortmeldungen zur Einwohnerfragestunde nicht vorlagen.

4. Genehmigung des Protokolls vom 06.11.2025

Die Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2026 wurde – bei zwei Enthaltungen – einstimmig genehmigt.

5. Vorstellung der Schuldnerberatungsstellen im Landkreis Cloppenburg

Herr Fangmann, Landes-Caritasverband für Oldenburg e.V., trug zur Sozialen Schuldnerberatung im Landkreis Cloppenburg vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Zur Folie „Alter der Ratsuchenden“ erklärte Herr Fangmann, dass junge Leute durch Präventionsarbeit früher erreicht würden und die Hilfe der Schuldnerberatung auch frühzeitiger in Anspruch genommen werde.

Bei der Folie „Anzahl der Gläubiger“ sagte Herr Fangmann, dass 83 Ratsuchende mehr als 50 Gläubiger hätten. Dies resultiere vielfach daraus, dass es insbesondere im Onlinebereich zu leicht sei, Schulden zu machen („Buy now, pay later“).

Kreistagsabgeordneter Braun nahm an, dass Arbeitslosigkeit und damit einhergehend der Wegfall von Einkommen in diesen Fällen zu einem Zusammenbruch des Systems führe.

Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus fragte, was Trennung/Scheidung als einer der Hauptgründe für Verschuldung bedeute. Hierzu erläuterte Herr Fangmann, dass das gemeinsame Einkommen vor der Trennung/Scheidung ausreichend gewesen sei. Ein einzelnes Einkommen reiche jetzt aber nicht mehr aus, um beispielsweise eine neue Wohnung einzurichten oder Frau/Mann und ggf. Kinder zu unterhalten. Dies treffe überwiegend Frauen.

Kreistagsabgeordneter Coners fragte, welche strukturellen Unterschiede es gebe, die das Nord-Süd-Gefälle erklären würden. Hierzu sagte Herr Fangmann, dass vermutlich die höhere Arbeitslosigkeit im Nordkreis ein Grund dafür sei.



Kreistagsabgeordnete Abeln erkundigte sich, ob sich das Konsumverhalten der Ratsuchenden verändert habe. Dies verneinte Herr Fangmann. Es sei noch immer so, dass online viele „kleine“ Schulden gemacht würden, die größten Schulden aber bei den Banken bestehen würden. Hinzu komme, dass Mehrfachnennungen bei Ursachen der Verschuldung und Gläubigern möglich seien.

Zur Folie „Einkommen der Betroffenen“ fragte Kreistagsabgeordneter Coners, welche Personen kein Einkommen hätten. Hierzu erklärte Herr Fangmann, dass dies Wohnungslose oder auch Jugendliche seien. Kreisrat Willen ergänzte, dass unter 25-Jährige beim Jobcenter außerhalb der Familie als Bedarfsgemeinschaft in der Regel keinen Anspruch auf Leistungen hätten und dann häufig bei Freunden unterkommen würden.

Herr Fangmann sagte, dass die Beratungsstellen Betroffene auch darüber beraten würden, welche Sozialleistungen sie beantragen bzw. in Anspruch nehmen könnten.

Zu den Folien „Beobachtungen/Schlussfolgerungen“ erklärte Herr Fangmann, dass die Fälle immer komplexer würden und schwieriger zu durchdringen seien. Oftmals ständen vielschichtige Problemlagen dahinter.

Vorsitzende Preuth-Stuke bedankte sich für den aufschlussreichen Vortrag.

Herr Fangmann bedankte sich insbesondere für die finanzielle Unterstützung der Schuldnerberatungsstellen durch den Landkreis Cloppenburg, die es überhaupt nur möglich mache, präventiv tätig zu sein, die Hilfe anzubieten und die Ratsuchenden auf den richtigen Weg zu bringen.

Kreistagsabgeordneter Braun sagte, dass das Insolvenzverfahren jetzt auf 3 bzw. 5 Jahre verkürzt sei und fragte, ob die gleiche Person mehrfach komme und ob es sich bei Verschuldung um familiäre Probleme handele?

Hierzu erklärte Herr Fangmann, dass manche mehrere Anläufe bräuchten, um das Insolvenzverfahren zu eröffnen. Ein neues Insolvenzverfahren dürfe erst nach einer Sperrfrist von 11 Jahren eröffnet werden. Aber eine Beratung sei trotzdem immer möglich.

Zum familiären Hintergrund sagte er, dass durchaus die Vermutung bestehe, dass bei einem Aufwachsen in Armut bzw. mit niedrigem Einkommen schneller eine Überschuldung auch bei den Kindern entstehe. Die allerbeste Prävention sei es, einen Schulabschluss zu erreichen.

Kreistagsabgeordneter Coners fragte, ob die steigenden Mieten im Nordkreis und die steigenden Kosten der Pflege bei Senioren ein Grund für Verschuldung seien.

Für die steigenden Pflegekosten verneinte Herr Fangmann dies.

Zu den steigenden Mieten im Nordkreis erklärte beratendes Mitglied Siebum, die die Beratungsstelle in Barßel leitet, dass es zu wenig sozialen Wohnungsbau gebe. Zudem verblieben häufig die Frauen nach dem Tod des Partners in zu teuren Häusern und Wohnungen. Daneben führe auch die sich aus der Rentenerhöhung teilweise ergebende Verpflichtung, Lohnsteuer zu zahlen, zu einer Verschuldung bei Rentnern, da diese Pflicht diesen oftmals nicht bekannt sei.

6. Informationen zum aktuellen Sachstand der Integrierten Sozialplanung

Zum Sachstand der Integrierten Sozialplanung im Landkreis Cloppenburg trugen Amtsleiterin Dr. Föbker und Kreisverwaltungsoberrätin Krenke vor. Kreisverwaltungsoberrätin Krenke erläuterte zu Folie 3, dass es sich nicht nur um freiwillige Förderungen handele, sondern teilweise auch um Pflichtaufgaben. Die Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock lobte den Ansatz und sagte, dass es gut sei, dass fachspezifisch geschaut werde, man daraus lerne und sich weiterentwickle. Es sei wichtig zu sehen, wo Bedarfe seien und in welchen Bereichen eine (finanzielle) Unterstützung möglich sei.

Dies bestätigte Kreistagsabgeordneter Riesenbeck. Er begrüßte, dass ein Überblick und klare Entscheidungskriterien geschaffen würden.

Amtsleiterin Dr. Föbker sagte, dass die integrierte Sozialplanung die Möglichkeit schaffe, einen Einzel-Antrag im Kontext aller Anträge zu sehen und einen Überblick zu haben.

Kreisverwaltungsoberärztin Krenke ergänzte, dass man dadurch ggf. auch Themenfelder politisch besser steuern könne.

Kreistagsabgeordneter Coners erkundigte sich, ob es bereits eine Zeitplanung gebe, da es sich bei der Integrierten Sozialplanung um ein großes Projekt handele.

Hierzu sagte Amtsleiterin Dr. Föbker, dass die Suchtberatung als erstes Projekt aufgearbeitet werde. Daraus wolle man dann einen Prozess vordefinieren und weiter anwenden. Vermutlich würden die nächsten Prozesse sich dann schneller umsetzen lassen. Sie gehe von 10 – 15 Themenfeldern aus, die zu erfassen seien. Einen Zeitrahmen könne sie dafür nicht benennen.

Kreistagsabgeordneter Coners schlussfolgerte daraus, dass der Prozess der Integrierten Sozialplanung den Ausschuss dann auch in der nächsten Wahlperiode begleite.

Kreisrat Willen erläuterte, dass man mit der Integrierten Sozialplanung „vor die Welle“ kommen wolle, bevor also Anträge gestellt würden. Für einen verantwortungsvollen und effizienten Einsatz der Gelder sei es wichtig zu wissen, ob man es anders machen müsse und ggf. auch könne. Man werde versuchen, die Projekte entsprechend der Förderperioden in der Integrierten Sozialplanung abzubilden.

Dem Protokoll ist eine Gesamtübersicht aller bereits in den Ämtern vorhandenen Sozialberichterstattungen und Fachplanungen sowie eine Gesamtübersicht der vom Landkreis Cloppenburg bezuschussten sozialen Einrichtungen beigelegt.

7. Fortführung der Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft im Oldenburger Münsterland für die Jahre 2027 - 2029 **Vorlage: V-SOZ/26/204**

Mitarbeiter in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung Thielscher trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordnete Fangmann sagte, dass die SPD den Antrag unterstütze. Es gebe viele innovative Ideen für Frauen zur Zusammenführung von Kindern und Beruf. Dies sei sehr wichtig.

Kreistagsabgeordnete Abeln erkundigte sich, ob eine Beratung nur in Richtung Teilzeit erfolge oder ob auch auf eine Vollzeitbeschäftigung hingewirkt werde.

Hierzu erklärte Mitarbeiter in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung Thielscher, dass auch in Richtung Vollzeit beraten werde, soweit die persönliche Situation dies zulasse.

Kreistagsabgeordneter Stoffers fragte, ob die individuelle Beratung im Vordergrund stehe und nicht das Bemühen, möglichst viele Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen?

Mitarbeiter in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung Thielscher bestätigte, dass die individuelle Beratung der Frauen im Vordergrund stehe.



Dazu trug Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus vor, dass auch das vernetzte und kooperative Arbeiten sowie die guten Ideen, Projekte und Veranstaltungen der Koordinierungsstelle sehr wichtig seien und bei einem Wegfall eine große Lücke reißen würden.

Kreistagsabgeordneter Coners erkundigte sich, wo die Frauen, die in der Koordinierungsstelle beraten würden, wohnhaft seien. Mitarbeiter in der Stabsstelle Wirtschaftsförderung Thielischer erklärte, dass die Frauen aus den Landkreisen Cloppenburg und Vechta stammen würden. Man versuche, beide Landkreise gleichmäßig zu berücksichtigen. Eine gemeindscharfe Abbildung der Inanspruchnahme habe er nicht. Das Angebot für den Landkreis Cloppenburg finde in Cloppenburg und Friesoythe statt, ergänzte Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus.

Kreistagsabgeordneter Braun fragte, warum bei der Koordinierungsstelle nicht arbeitslos gemeldete Frauen beraten würden? Hierzu erklärte Amtsleiterin Dr. Föbker, dass die Koordinierungsstelle für Frauen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung ständen, einen anderen Zugang biete als die Bundesagentur für Arbeit. Kreistagsabgeordneter Riesenbeck ergänzte, dass Frauen, die in Minijobs tätig (gewesen) seien, nicht bei der Bundesagentur für Arbeit erfasst seien.

Vorsitzende Preuth-Stuke verlas den Beschlussvorschlag.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:
Vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel und der zusätzlichen Landesmittel, wird die Koordinierungsstelle Frauen und Wirtschaft Oldenburger Münsterland für den Zeitraum vom 01.01.2027 bis 30.06.2029 mit einem erhöhten Stundenanteil von 14 Stunden in der Beratung weitergeführt. Der Landkreis Cloppenburg beteiligt sich auch weiterhin mit 15 % jährlich an den förderfähigen Gesamtkosten der Einrichtung und des zusätzlichen Beratungsschwerpunkts, sofern der Landkreis Vechta dieses in gleicher Weise beschließt.

**8. Anträge der pro familia Niedersachsen und des DRK Kreisverbandes Cloppenburg e.V. auf Zuschüsse für die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung im Landkreis Cloppenburg für die Jahre 2026 - 2028
Vorlage: V-SOZ/26/201**

Amtsleiterin Fastje trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die SPD die Trägervielfalt grundsätzlich begrüße.

Der Antrag des DRK auf Bezuschussung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle sei aus Februar 2026. Tatsächlich sei die Beratungsstelle bereits seit dem Jahr 2022 tätig. Stelle dies einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn dar?

Pro familia sei im Landkreis Cloppenburg im Oktober 2025 mit der Beratung gestartet und habe ab dem Jahr 2026 einen Zuschuss beantragt. Es stelle sich die Frage, ob wir im Landkreis weitere Träger benötigten würden, weil wir mehr Beratungsfälle hätten. Oder würden bei gleichbleibenden Fallzahlen die Kosten pro Fall dadurch steigen? Könne pro familia sicherstellen, dass die Beratung nur für Fälle aus dem Landkreis Cloppenburg erfolge? Zudem

wies er darauf hin, dass die von pro familia bei der Stadt Cloppenburg beantragte Förderung nicht erfolge, da dies in der Zuständigkeit des Landkreises liege.

Kreisrat Willen erklärte, dass die Klärung der Frage eines Überangebotes der Ansatz im Rahmen der integrierten Sozialplanung sei. Es sei auch bei anderen Beratungsstellen der Fall, dass Personen beraten würden, die nicht aus dem jeweiligen Landkreis stammten. Dies sei durch die Landesförderung so vorgesehen.

Zum Antrag des DRK sagte er, dass der Antrag erst jetzt gestellt worden sei, da die Beratungsstelle defizitär arbeite. Das sei aber legitim.

Im Rahmen des Gleichbehandlungsgrundsatzes seien alle durch das Land Niedersachsen zugelassenen Beratungsstellen, die sich im Landkreis Cloppenburg niedergelassen hätten, gleich zu behandeln. Dies erfordere der Grundsatz der Selbstbindung der Verwaltung, ansonsten verhalte man sich rechtswidrig. Es sei aber durchaus so, dass der durch den Landkreis Cloppenburg gewährte Defizitausgleich diesen Standort für die Beratungsstellen attraktiv mache.

Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus ergänzte, dass die Förderung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung ein Bundesgesetz sei, das durch das Land Niedersachsen ausgeführt werde. Je 40.000 Bewohner eines Versorgungsbereiches müsse eine Vollzeitäquivalente zur Verfügung stehen. Es würden 80 % der Personalkosten einschließlich einer Sachkostenpauschale vom Land getragen.

Der Landkreis Cloppenburg liege im Versorgungsbereich 8. Dieser umfasse die Landkreise Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Friesland, Leer, Wesermarsch und Wittmund sowie die kreisfreien Städte Emden und Wilhelmshaven. Dies sei ein sehr großer Versorgungsbereich. Bestehe in einem Versorgungsbereich ein Defizit an Beratungskräften, werde dies durch das Land ausgeschrieben und alle Anbieter könnten sich bewerben. Wo sich ein Anbieter, der die Zusage bekommen habe, innerhalb des Versorgungsgebietes niederlasse, obliege diesem.

Kreistagsabgeordneter Braun fragte, ob auch andere Landkreise und kreisfreie Städte entsprechende Angebote bezuschussen würden? Dies müsse geklärt werden.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock stellte klar, dass man derzeit in der Entscheidung „gefangen“ sei. Die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung sei aber das nächste Projekt, das man im Rahmen der Integrierten Sozialplanung untersuchen müsse.

Dies wurde seitens Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske so unterstützt. Man sehe künftig ebenfalls deutlichen Handlungsbedarf, da für fünf Träger ein Zuschuss nicht sein könnte. Dies müsse künftig besser steuerbar sein.

Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus stellte klar, dass die Förderung der Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung aus einem wichtigen Grund erfolge. Bei der Integrierten Sozialplanung müsse gut geschaut werden mit Blick auf die Schwächsten.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck gab zu bedenken, dass es schwierig sei, nach drei Jahren die Förderung einzustellen. Vielleicht sei es eine Möglichkeit, die Förderung künftig pro Beratungsfall auszurichten. Von daher würde es Sinn machen, bereits jetzt die Anzahl der Beratungen einschließlich des Herkunftslandkreises zu erfassen.

Kreistagsabgeordneter Braun hinterfragte, warum das Land die Förderung nicht zu 100 % übernehme. Die Aufgabe der Schwangerschafts- und Schwangerenkonfliktberatung sei wichtig, aber für den Landkreis sei es dauerhaft wirtschaftlich nicht mehr möglich, Zuschüsse im bisherigen Umfang zu zahlen. Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske ergänzte, dass die Anmerkungen hinsichtlich der Förderung unter wirtschaftlich-ökonomischen Gesichtspunkten zu

sehen seien. Die Arbeit der Beratungsstellen werde inhaltlich nicht angegriffen. Aber die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation werde dazu führen, dass Leistungen trotz steigender Bedarfe zurückgefahren werden müssten bzw. gleiche Leistungen auf mehr Anbieter verteilt werden müssten. Das werde die Arbeit in diesem Ausschuss künftig auch für andere Bereich deutlich erschweren.

Kreistagsabgeordneter Coners sagte, dass er grundsätzlich den Antrag unterstützen könne. Aber es sei zu klären, inwieweit andere Landkreise/kreisfreien Städte ebenfalls fördern würden. Hierzu sagte Kreisrat Willen eine Rückmeldung zu. Die Ergebnisse werden nachgereicht, sobald sie vorliegen.

Kreistagsabgeordneter Karnbrock verwies darauf, dass der Bund bestimme und das Land umsetze und es wichtig sei, dass die Landkreise sich untereinander solidarisch zeigten. Gleichstellungsbeauftragte Feldhaus ergänzte, dass auf Landesebene zu klären sei, ob die Größe der Versorgungsbezirke noch passend sei, wo die Anbieter sich ansiedeln würden und ob es „weiße Flecken“ in der Versorgungslandschaft gebe. Kreistagsabgeordneter Hackstedt fügte hinzu, dass pro familia in Emden und Leer ebenfalls Beratungsstellen betreibe.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

In den Haushaltsjahren 2026 bis 2028 gewährt der Landkreis die folgenden jährlichen Zuschüsse als Defizitausgleich für die Schwangeren- und Schwangerenkonfliktberatung:

a) dem DRK-Kreisverband Cloppenburg e.V. für

- 2026: von bis zu 17.658,73 €
- 2027: von bis zu 18.188,49 €
- 2028: von bis zu 18.734,14 €.

b) der pro familia Niedersachsen für

- 2026 von bis zu 25.000,00 €
- 2027 von bis zu 27.500,00 €
- 2028 von bis zu 27.500,00 €.

9. Soziale Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern in den Städten und Gemeinden des Landkreises Cloppenburg für die Jahre 2027 - 2029 Vorlage: V-SOZ/26/202

Amtsleiterin Dr. Föbker trug entsprechend der Vorlage vor. Kreisrat Willen ergänzte, dass nicht die Entgeltstufe, sondern die Erfahrungsstufe von 3 auf 4 angehoben werden solle. Aufgrund der langjährigen Tätigkeit und Erfahrung seien viele Kräfte bereits in der Erfahrungsstufe 4.

Kreistagsabgeordneter Riesenbeck sagte, dass die SPD die Notwendigkeit der dezentralen sozialen Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern sehe und dies unterstütze. Die Eingruppierung in Entgeltstufe S 11b sei für die Tätigkeit niedrig, so dass auf jeden Fall eine höhere Erfahrungsstufe berücksichtigt werden müsse.

Hierzu erläuterte Amtsleiterin Dr. Föbker, dass die einzelne Kraft in jedem Fall die ihr zustehende Stufenerhöhung erhalte. Es gehe um den Betrag, der den Städten und Gemeinden erstattet werden könne und der unter Berücksichtigung der Stufe 4 höher sei.

Vorsitzende Preuth-Stuke stellte den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag die Bereitstellung von Finanzmitteln in Höhe von 350.000,00 Euro jährlich für die Jahre 2027-2029 für die Erstattung von 50% der Kosten, die den Städten und Gemeinden des Landkreises durch die soziale Betreuung von Ausländerinnen und Ausländern entstehen. Die Berechnung erfolgt nach einem Schlüssel von 1 : 1.500 (1 Sozialarbeiterin/Sozialarbeiter für 1.500 Ausländerinnen und Ausländer). Es werden maximal Kosten einer Stelle TVöD S11b Stufe 4 anerkannt.

**10. Finanzierung der Tagesbildungsstätte des Caritas-Vereins Altenoythe e.V. für das Schuljahr 2026/2027
Vorlage: V-SOZ/26/203**

Kreisverwaltungsoberrätin Krenke trug entsprechend der Vorlage vor.

Kreistagsabgeordneter Braun sagte, dass der Landkreis Cloppenburg die Tagesbildungsstätten weiter finanzieren müsse, da ansonsten das Angebot nicht aufrechterhalten werden könne. Dann müssten die Schüler an Regel- und Förderschulen beschult werden. Die Kapazitäten seien dort kurzfristig nicht vorhanden. Er frage sich, wieso der Umstellungsprozess von einer Tagesbildungsstätte zur Förderschule so lange dauere.

Kreistagsabgeordnete Vey-Höwener ergänzte, dass es dringend notwendig sei, dass der Umwandlungsprozess auf den Weg gebracht und abschließend geregelt werde. Es könne nicht sein, dass die Tagesbildungsstätten „in der Luft hängen“ und das Personal nicht wisse, wie es weitergehe, weil z.B. nicht klar sei, welche Qualifikationen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Zuge der Umwandlung anerkannt würden.

Es sei untragbar, dass die Entscheidung für den Umwandlungsprozess der Tagesbildungsstätten durch die Landesregierung so lange hinausgezögert werde, so Kreistagsabgeordneter Braun. Kreistagsabgeordneter Dr. Vaske ergänzte, dass nun hoffentlich gute gesetzliche Rahmenbedingungen für den Umwandlungsprozess geschaffen würden. Es sei zwingend erforderlich, dass ein Angebot entsprechend der Tagesbildungsstätten erhalten bleibe.

Vorsitzende Preuth-Stuke verlas den Beschlussvorschlag.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig, dem Kreistag folgende Beschlussfassung zu empfehlen:



Der Sozialausschuss empfiehlt dem Kreistag zu beschließen:

- 1. Für alle Schülerinnen und Schüler einer Tagesbildungsstätte, die vom Landkreis Cloppenburg ein Kostenanerkennnis für Eingliederungshilfeleistungen erhalten oder erhalten haben, wird im Sinne einer weiteren gesicherten Finanzierung der Beschulung für das Schuljahr 2026/2027 auch der darin enthaltene Anteil in Höhe von 42 % für den Kernbereich der schulischen Bildung als freiwillige Leistung finanziert.**
- 2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, weiterhin gemeinsam mit dem Caritas-Verein Altenoythe e.V. die Umwandlung der Tagesbildungsstätte Sophie-Scholl-Schule in eine Förderschule GE voranzutreiben.**

11. Anregungen und Beschwerden

Vorsitzende Preuth-Stuke fragte, ob es Anregungen oder Beschwerden gebe. Dies war nicht der Fall.

12. Anfragen (Gem. § 15 II GO spätestens 3 Tage vor der Sitzung schriftlich beim Landrat eingereicht)

Anfragen lagen nicht vor.

13. Mitteilungen

Vorsitzende Preuth-Stuke fragte, ob es Mitteilungen gebe. Dies war nicht der Fall.

Um 18:55 Uhr schloss die Vorsitzende die Sitzung.

Vorsitzende

Kreisrat

Protokollführerin